

Ausgabe 7/2011

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Glück auf!

Mehr Sicherheit für LeiharbeiterInnen!

Stopp dem Betrug: Stehzeiten müssen bezahlt werden

PRO-GE

KURZ NOTIERT

PRO-GE trauert um Franz Galler

Große Betroffenheit herrscht in der Produktionsgewerkschaft über den Tod von Franz Galler, der am 20. Oktober völlig unerwartet verstarb. Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Grenzlandmolkerei war seit 1988 als Gewerkschaftssekretär in der Steiermark und im Branchenausschuss Nahrung tätig. In dieser Funktion leitete er auch viele Jahre die Kollektivvertragsverhandlungen der Molkereien und der Milchindustrie. „Mit Franz Galler verliert die PRO-GE nicht nur einen unermüdlischen Kämpfer für die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allem verlieren wir einen Freund und wunderbaren Menschen“, würdigt PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer Gallers Wirken.

Gesetz gegen Lohndumping wirkt

Sozialminister Hundstorfer hat Anfang November eine erste positive Bilanz über die seit Mai 2011 erfolgten Kontrollen von Unterentlohnung gezogen. 19.808 Menschen sind seit der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes nach Österreich gekommen. Ein Schwerpunkt der Kontrollen waren Baustellen: 2.310 Firmen, davon 352 ausländische wurden kontrolliert. 181 Verdachtsfälle werden derzeit bearbeitet.

10 % besitzen 54 % des Geldvermögens



Das reichste Zehntel der österreichischen Bevölkerung besitzt 54 Prozent des gesamten Geldvermögens, erinnert die österreichische Armutskonferenz und kritisiert die ungerechte Verteilung des Vermögens in Österreich. Auch im Immobilienbereich gibt es einen deutlichen Überhang zu

gunsten Weniger. 40 Prozent der Österreicher besitzen überhaupt keine Immobilie, während die reichsten zehn Prozent über 530 Mrd. Euro des 880 Mrd. großen Gesamtimmobilienvermögens verfügen.

China wird immer teurer

Die Personalkosten steigen, die Umweltkosten auch. Gleichzeitig sind Fachkräfte immer schwieriger zu bekommen. „China kann nicht mehr auf billige Arbeit setzen“, bekräftigte zuletzt Weltbank-Direktor Rohland. In Nanjing liegt der Durchschnittslohn eines Arbeiters derzeit bei rund 300 Euro monatlich, in Shanghai sind es 600 Euro. „In Shanghai eine Produktion hochzuziehen, macht keinen Sinn mehr“, sagt etwa der General-Manager von Linz Textil in Nanjing, Florian Kuntner.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

DIE GEWERKSCHAFT KÄMPFT!

Der Abschluss in Metallindustrie & Bergbau ist hart erkämpft worden. Nach Betriebsratskonferenzen mit rund 2.000 TeilnehmerInnen und nach rund 800 Betriebsversammlungen, Streik-Aktionen und Protestmaßnahmen mussten sich die Arbeitgeber ordentlich bewegen – weg von einer Inflationsabgeltung mit Einmalzahlungen, hin zu nachhaltigen Lohnerhöhungen. Im Schnitt sind es 4,2 Prozent, wobei die niedrigsten Einkommen bis zu 5,3 Prozent angehoben werden. Die BetriebsrätInnen und Mitglieder haben den Beweis erbracht, dass die Gewerkschaft PRO-GE eine starke Einheit ist und auch den nötigen Druck erzeugen kann, wenn es darauf ankommt.

Aber niemand soll glauben, dass wir uns nun ausruhen können. Im Gegenteil: Denn auch in den künftigen Kollektivvertragsrunden werden wir hart kämpfen müssen. Die Konjunkturentwicklung bekommt 2012 einen Dämpfer, und wir werden uns gemeinsam ganz besonders ins Zeug legen müssen, um für die Kolleginnen und Kollegen in allen Branchen eine faire Lohnerhöhung zu erzielen. Die nächsten Monate werden auch entscheidend dafür sein, einen dramatischen Rückgang der Beschäftigung zu vermeiden. Österreich hat die Chance sich neu aufzustellen: Wir brauchen etwa dringend Reformen im Bildungssystem und eine steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen. Hier wird sich die PRO-GE stark in die Debatte einbringen. Ebenso werden wir die Gestaltung und Mitbestimmung der Arbeitszeit neu aufbereiten. Zu viele Menschen werden durch ihre Arbeit krank. Viele Kolleginnen und Kollegen leiden unter Arbeitsdruck, Schicht- bzw. Nachtarbeit und einseitigen Belastungen: Die Folge sind kaputte Knie, kaputter Rücken, kaputte Schultern oder Burn-out. Der Kampf um gute Arbeitsbedingungen, um mehr Mitbestimmung bei der Arbeitszeit und um alternsgerechte Arbeitsplätze wird wieder mehr im Mittelpunkt stehen müssen.

Die Gewerkschaft tut was. Die Gewerkschaft kämpft. Diese öffentliche Meinung wird vom Metallstreik 2011 bleiben. Über mehr als zwei Wochen hat die Lohnrunde die österreichischen Medien dominiert. Wir haben unsere Argumente darlegen und die Öffentlichkeit von unseren Forderungen überzeugen können. Die Sympathien der Österreicherinnen und Österreicher für die Gewerkschaftsbewegung, die große Solidarität mit den Streikenden und der höchste Abschluss seit 20 Jahren sind ein Erfolg aller PRO-GE Mitglieder. Dafür ein herzliches Danke!

Glück auf!
Euer Rainer Wimmer



Mehr Sicherheit für LeiharbeiterInnen

Schluss mit der Taglöhnererei!

Leiharbeit ist in Österreich durch einen Kollektivvertrag geregelt. Trotz guter Regelungen werden Schutzbestimmungen und Ansprüche umgangen. Vor allem durch einvernehmliche Auflösungen des Dienstverhältnisses kassieren Unternehmen ein ordentliches Körpergeld, und die ArbeiterInnen fallen um ihre Ansprüche um. Dass es sich um keine Einzelfälle handelt, beweisen neue Daten.

Ein „Tagelöhner“ ist jemand, der kein festes Arbeitsverhältnis hat, sondern seine Arbeitskraft in der Regel immer wieder bei neuen Arbeitgebern kurzfristig anbieten muss. Anders als zum Beispiel bei Saisonarbeit kann bei Zeitarbeit das Ende eines Einsatzes oft nicht vorhergesagt werden. LeiharbeiterInnen erfahren oft erst spät das Ende ihres Einsatzes. Manfred S. (32) war von Mitte 2010 bis November 2011 Leiharbeiter und zumeist bei verschiedenen Metallunternehmen und Automobilzulieferern im Einsatz. Sein kürzester Einsatz dauerte drei Tage, sein längster etwa vier Monate. „Man weiß nie, was morgen sein wird“, beklagt sich der 32-Jährige, zudem sei er beinahe jedes Mal nach Ende eines Einsatzes mit der einvernehmlichen Auflösung seines Dienstvertrages konfrontiert gewesen. Von bezahlten Stehzeiten zwischen den einzelnen Einsätzen – wie in Gesetz und Kollektivvertrag vorgesehen – war nie die Rede. Wenn es keine unmittelbare Nachfolgebeschäftigung gab, so habe er „stempeln gehen“ müssen.

Mehr Sicherheit. Manfred S. ist kein Einzelfall, wie aktuelle Daten der Sozialversicherungsträger beweisen. Einvernehmliche Auflösungen, um die Stehzeitenregelung zu umgehen, sind an der Tagesordnung. Rund 60.000 Arbeitsverhältnisse von LeiharbeiterInnen wurden 2010 beendet (ausgenommen jene in der Probezeit), 41.000 davon einvernehmlich. Daraus ergibt sich, dass es achtmal so viele ‚Einvernehmliche‘ bei den Zeitarbeits-

firmen gegeben hat, als Dienstgeber-Kündigungen. Im Angestelltenbereich ist der Anteil sogar zehnmal so hoch. „Die Menschen werden zu Tagelöhnern degradiert, und die Überlasser verdienen auch noch daran“, kritisiert PRO-GE Bundessekretär René Schindler. Denn Leiharbeitsfirmen ersparen sich dadurch die Auszahlung von mindestens drei Wochen Lohn (Schutz- und Kündigungsfrist) und die Anteile von Weihnachts- und Urlaubsgeld. →

Was ist Leiharbeit?

Leiharbeit, Zeitarbeit, Leasingarbeit, Arbeitskräfteüberlassung – die Begriffe meinen alle dasselbe: Bei einer Leiharbeits- bzw. Zeitarbeitsfirma (dem Überlasser) sind ArbeitnehmerInnen beschäftigt, die zur Arbeitsleistung an einen Kunden (den Beschäftiger) überlassen werden.

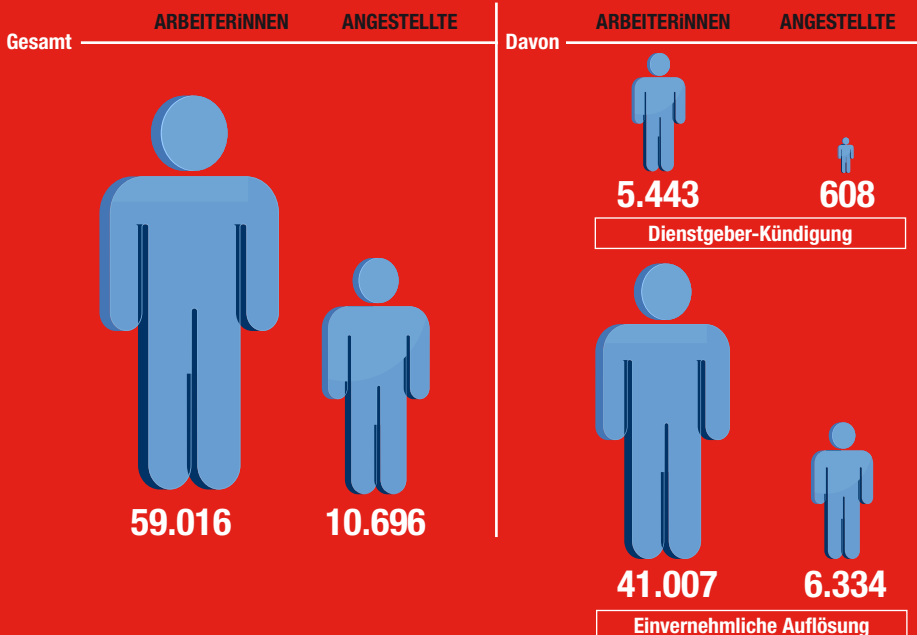
Wer setzt sich für LeiharbeiterInnen ein?

Mit der Gewerkschaft PRO-GE haben LeiharbeiterInnen eine starke Vertretung! Im Jahr 2002 erreichte die PRO-GE den europaweit ersten Kollektivvertrag für die Branche.

Wo finde ich Infos?

Ob du vor der Entscheidung stehst, einen Job als LeiharbeiterIn anzunehmen, bereits LeiharbeiterIn bist oder als BetriebsrätIn LeiharbeiterInnen vertrittst: Auf der Internetplattform www.leiharbeiter.at erfährst du alles zum Thema.

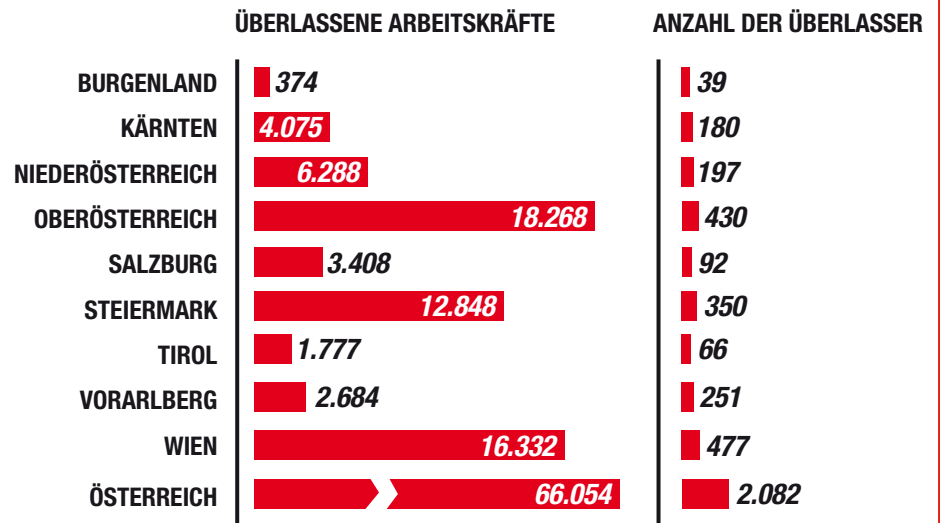
AUFLÖSUNGEN VON ARBEITSVERHÄLTNISSEN 2010



Die Kündigung in Stehzeiten ist unzulässig, doch werden die Beschäftigten mehrheitlich zu einvernehmlichen Lösungen „gezwungen“. Daher will die Gewerkschaft Verbesserungen für die Beschäftigten im Rahmen der anstehenden Novelle des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes (AÜG) erreichen. Konkret sollen LeiharbeiterInnen bei jeder Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses im Zusammenhang mit dem Ende eines Einsatzes für sechs Wochen ihr volles Entgelt erhalten. Dies soll gerade auch bei einvernehmlichen Auflösungen gelten. „Zeitarbeiter sind keine Tagelöhner. Wir wollen damit das ‚Hire and Fire‘ in der Branche unterbinden und den rund 60.000 ZeitarbeiterInnen mehr Sicherheit bieten“, erläutert Thomas Grammelhofer, zuständiger Sekretär in der PRO-GE, die Forderung der Gewerkschaft.

LEIHARBEIT IN ÖSTERREICH

Stichtagserhebung vom 31.7.2010



WKÖ-Kampagne

Fußtritt für ZeitarbeiterInnen

Die Personaldienstleister sorgen sich um den Ruf der Zeitarbeit. Seit Mai läuft die Kampagne „Zeitarbeit verdient mehr Anerkennung“. Das eigenwillige Sujet sagt aber mehr als 1.000 Worte.

Eigentlich geht es um Anerkennung. Das Image der Zeitarbeit soll in der Öffentlichkeit nachhaltig in das rechte Licht gerückt werden. „Denn Zeitarbeiter dürfen nicht wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden“, heißt es auf der Website www.diepersonaldienstleister.at der Wirtschaftskammer Österreich.

Umso bemerkenswerter ist die gewählte Bildsprache. Das Plakat zur Kampagne zeigt einen Leiharbeiter, der deutlich erkennbar einen Fußtritt in den A... bekommen hat. Augenscheinlich ist sein Arbeitseinsatz beendet, und er bekommt auch von der Zeitarbeitsfirma einen Fußtritt in Richtung Arbeitslose. Das nämlich ist bei 80 Prozent der LeiharbeiterInnen der Fall. Die



im Kollektivvertrag geregelten Kündigungsfristen kommen aufgrund der Umgehung mit einvernehmlichen Auflösungen nie zum Tragen. ZeitarbeiterInnen verdienen Anerkennung und faire Behandlung, vor allem vonseiten der Leiharbeitsfirmen. Die sollten die wahre Zielgruppe dieser Image-Kampagne sein.

Sicher mit dem KV

Kollektivvertrag Arbeitskräfteüberlassung

Als Meilenstein in der arbeitsrechtlichen Absicherung der ZeitarbeiterInnen gelang es der Gewerkschaft vor rund zehn Jahren, einen eigenen Kollektivvertrag abzuschließen. Seitdem sichert der Arbeitskräfteüberlassungs-Kollektivvertrag die Rechte der Beschäftigten ab.

Europaweit einzigartig gilt in Österreich ein flächendeckender Kollektivvertrag für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung (AKÜ-KV). Dieser regelt, wie hoch der Lohn mindestens sein muss, sichert rechtliche und finanzielle Ansprüche zum Beispiel bei Arbeitszeiten, im Fall der Kündigung oder das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. Die wichtigsten Bestimmungen im Überblick:

Der beste Mindestlohn gilt! Für die Entlohnung von LeiharbeiterInnen gilt: Je nachdem in welche Branche überlassen wird, muss man mindestens den gleichen Lohn bekommen, welcher den KollegInnen des Beschäftigterbetriebes laut ihrem Kollektivvertrag zusteht. Hinzu kommen eventuell allfällige Referenzzuschläge, welche ebenfalls im AKÜ-KV geregelt sind. Sollten die Löhne im Kollektivvertrag des Beschäftigter jedoch unter den Mindestlöhnen des AKÜ-KV liegen, dann gelten die Mindestlöhne des AKÜ-KVs. Man hat also immer Anspruch auf die bessere Regelung.

Bezahlung auch in Stehzeiten. Auch wenn man gerade nicht an einem Betrieb überlassen ist, besteht Anspruch auf Bezahlung und zwar in der Höhe des Durchschnitts der letzten dreizehn Wochen, zumindest aber des Mindestlohnes aus dem AKÜ-KV.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Auch zu Weihnachten und beim Urlaub gehen ZeitarbeiterInnen nicht leer aus.



Sowohl beim Urlaubs- als auch Weihnachtsgeld steht ein Monatsentgelt auf Basis der letzten sechs Monate zu. Beginnt oder endet das Arbeitsverhältnis innerhalb des Kalenderjahres, besteht jedoch nur ein Anspruch auf den aliquoten Teil (je Woche 1/52).

Kündigungsfrist. Der erste Monat gilt als Probemonat. In dieser Zeit kann das Arbeitsverhältnis zur Leiharbeitsfirma jederzeit ohne Frist gelöst werden. Nach Ablauf der Probezeit kann unter Einhaltung einer mindestens zweiwöchigen Kündigungsfrist zum Ende der Arbeitswoche gekündigt werden. Das Arbeitsverhältnis darf aber nicht wegen Beendigung einer Überlassung und frühestens am fünften Arbeitstag nach deren Ende gekündigt werden.

Arbeitszeit. Dass LeiharbeiterInnen nicht einer willkürlichen Berechnung ihrer Arbeitszeit

ausgesetzt sind, auch dafür sorgt der Kollektivvertrag. Der AKÜ-KV sieht eine Regelung der grundsätzlichen Normalarbeitszeit vor. Diese beträgt, die Pausen nicht miteingerechnet, 38,5 Stunden. Gibt es jedoch im überlassenen Betrieb bessere Regelungen, wie z. B. bezahlte Pausen, so stehen diese auch dem/der ZeitarbeiterIn zu. Bei gewissen Verhinderungsgründen regelt der Kollektivvertrag auch Anspruch auf Freizeit. Dies z. B. bei Hochzeiten, Todesfällen oder Geburten.

Weiterbildung. ArbeitgeberInnen sind verpflichtet, für die Weiterbildung zu sorgen, und einen laut Kollektivvertrag vereinbarten Mindestbetrag dafür aufzuwenden. Jeder/jede LeiharbeiterIn hat im Falle einer Überlassung den gesetzlichen Anspruch auf eine Überlassungsmittelteilung. In dieser müssen der zukünftige Beschäftigterbetrieb sowie alle Ansprüche schriftlich angeführt werden.

LeiharbeiterInnen sind keine Arbeitnehme- rInnen zweiter Klasse!

Leiharbeit hat in den letzten 20 Jahren in so gut wie allen Wirtschaftsbereichen Einzug gehalten. Die „Glück auf!“ hat drei Arbeitnehmervertreter zum Gespräch gebeten, um das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln unter die Lupe zu nehmen.

LINKTIPP:

Alle Informationen unter
www.leiharbeiter.at

Glück auf: Herbert, du hast als Gewerkschaftssekretär schon lange mit dem Problemfeld Leiharbeit zu tun. Wie hat das damals angefangen?

Herbert Perhab: In den 1990er-Jahren hat die Branche massiv zugenommen – und zwar als Billigkonkurrenz zu den Stammbesellschaften. Es gab Fälle, wo in einem Betrieb mehrere Firmen LeiharbeiterInnen überlassen haben und sich dabei ständig gegenseitig zu unterbieten versucht haben. Es war klar, dass hier eine Angleichung notwendig ist. Wir haben dann begonnen, bei Überlasserbetrieben Betriebsräte zu organisieren und nach fünf Jahren hartem Kampf 2002 dann auch den eigenen Kollektivvertrag erreicht. Generell kann Zeitarbeit Sinn machen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Und wenn LeiharbeiterInnen zur Abdeckung von Produktionsspitzen eingesetzt werden, aber nicht, um die Stammbesellschaft auszutauschen.

rInnen zur Abdeckung von Produktionsspitzen eingesetzt werden, aber nicht, um die Stammbesellschaft auszutauschen.

Johann Bernsteiner: Zeitarbeit muss nicht schlecht sein. Die Branche ist aber sehr groß und dadurch schwer zu kontrollieren. Dazu kommt noch der Druck günstig anzubieten. Entsprechend groß ist die Zahl an schwarzen Schafen, die sich nicht an gesetzliche Bestimmungen halten. Eine der aktuellen Gegenmaßnahmen ist das neue Gütesiegel. Um das zu erhalten, muss auch von der Gewerkschaft eine Bescheinigung vorliegen, dass es bei der jeweiligen Firma keine Fälle von Gesetzesverletzungen gab.

Thomas Stoimaier: ZeitarbeiterInnen sind keine ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse. Sie arbeiten ja auch nicht für den Überlasser, sondern für den Beschäftigterbetrieb, Hand in Hand mit der Stammbesellschaft. Daher verdienen sie es auch, gleich behandelt zu werden. Das geht nicht immer, zum Bei-

spiel bei Mitarbeiterbeteiligungsmodellen. Aber wo es möglich ist, müssen LeiharbeiterInnen miteingebunden werden. Bei uns bekommen sie die gleichen sozialen Leistungen aus dem Betriebsratsfonds, das gleiche Arbeitsgewand und ganz wesentlich: Sie bekommen eine vergleichbare Entlohnung.

Bernsteiner: Viele, die länger bei einem Beschäftigter arbeiten, identifizieren sich dann auch eher mit diesem Betrieb und fühlen sich gar nicht so sehr als LeiharbeiterInnen. Das große Ziel für so gut wie alle überlassenen Arbeitskräfte ist auch, einmal in die Stammbesellschaft übernommen zu werden.

Perhab: In zu vielen Firmen werden LeiharbeiterInnen immer noch als Außenstehende gesehen. Unsere Erfahrung ist aber, dass alle besser fahren, wenn LeiharbeiterInnen mit Akzeptanz und Respekt behandelt werden. Es gibt auch das Mittel der erzwingbaren Betriebsvereinbarung, mit der nicht nur der Anteil der ZeitarbeiterInnen geregelt wer-



Herbert Perhab ist als PRO-GE Sekretär für die Branche der Arbeitskräfteüberlassung in der Steiermark zuständig.



Johann Bernsteiner ist Betriebsratsvorsitzender bei aps Austria Personalservice und Vorsitzender des Branchenausschusses Arbeitskräfteüberlassung der PRO-GE.

Thomas Stoimaier ist Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates bei Magna Steyr Fahrzeugtechnik in Graz.

den kann, sondern auch eine verpflichtende Übernahme nach einer bestimmten Beschäftigungszeit.

Glück auf: Thomas, was rätst Du BetriebsrätInnen, wenn LeiharbeiterInnen in den Betrieb kommen?

Stoimaier: Für den Betriebsrat muss oberstes Gebot sein, keine Unterschiede zwischen Stammebelegschaft und ZeitarbeiterInnen zu machen. Wir können es uns nicht aussuchen, in welchem Arbeitsverhältnis ein Beschäftigter zu uns kommt. Ein funktionierendes soziales Gefüge ist entscheidend für erfolgreiche Betriebsratsarbeit. Als Betriebsrat kann ich das Entstehen einer Zweiklassengesellschaft im Betrieb nicht auch noch fördern, sondern muss es mit allen Kräften verhindern.

Bernsteiner: Eine funktionierende Zusammenarbeit mit den BetriebsrätInnen in den Beschäftigterbetrieben ist für uns extrem wichtig. Im Allgemeinen sind LeiharbeiterInnen

sehr offen für Gespräche mit InteressenvertreterInnen, aber die Aufteilung auf viele Betriebe macht regelmäßigen Kontakt für uns ÜberlasserbetriebsrätInnen natürlich schwieriger. Und manche Beschäftigterbetriebe lassen mich nicht einmal rein. Nur gemeinsam mit den BeschäftigterbetriebsrätInnen können wir wirklich sicherstellen, dass alles korrekt abläuft und die LeiharbeiterInnen bekommen, was ihnen zusteht.

Stoimaier: Bei Problemen, die das Verhältnis zur Überlasserfirma betreffen, kann es allerdings schwierig werden. Gibts dort keinen Betriebsrat, sind meinen Möglichkeiten Grenzen gesetzt. Das betrifft zum Beispiel auch die unseligen einvernehmlichen Auflösungen. Bei manchen Zeitarbeitsfirmen ist es anscheinend sogar üblich, schon bei Beginn des Arbeitsverhältnisses eine einvernehmliche Auflösung blanko unterschreiben zu müssen. Das ist kein fairer Umgang mit ArbeitnehmerInnen!

Bernsteiner: Die einvernehmlichen Auflösungen sind sicher eines der größten Problemfelder. Es ist viel zu leicht für die Überlasserfirmen, die Beschäftigten unter Druck zu setzen: „Wenn du nicht unterschreibst, bekommst du von mir nie wieder einen Job.“ Das geht so weit, dass die Kosten für das Ende einer Überlassung gar nicht mehr in den Preis eingerechnet werden. Da muss endlich eine Lösung gefunden werden, dass LeiharbeiterInnen nicht um ihre Rechte gebracht werden können.

Stoimaier: Was nicht übersehen werden sollte ist, wie wichtig ein gutes Einvernehmen mit der Unternehmensleitung zum Thema Leiharbeit ist. Von dieser Seite kann eine Menge Einfluss auf die Zeitarbeitsfirmen für eine gerechte Behandlung der LeiharbeiterInnen kommen. Das ist einfach Teil einer guten Sozialpartnerschaft.



Die PRO-GE begrüßt ihre neuen Mitglieder

Der Herbst ist da. Für viele Jugendliche bedeutet diese Jahreszeit auch den Aufbruch in einen neuen Lebensabschnitt: Sie beginnen ihre Berufslaufbahn mit einer Lehre. Besonders erfreulich ist, wenn diese jungen Menschen von den Vorteilen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft überzeugt werden können. So wie die Lehrlinge der Firmen Grass und Welser Profile, die wir hier stellvertretend als neue Mitglieder begrüßen dürfen. Die Produktionsgewerkschaft freut sich, ihnen während ihrer Ausbildung mit Rat und Tat zur Seite stehen zu dürfen.

17 Lehrlinge hat die Vorarlberger Firma Grass an den Standorten Höchst und Götzis heuer aufgenommen. Alle sind der PRO-GE beigetreten.

Arbeiterbetriebsratsvorsitzender Karl-Heinz Hintersteiner und die neuen Lehrlinge bei Welser Profile.



Der nächste Sommer kommt bestimmt ...

... und damit das **PRO-GE Sommerseminar 2012**. Denn Lernen im Sommer macht Spaß, das zeigte das Seminar „Kommunizieren in Beziehungen“ im August in Krumpendorf. Unter der Leitung von Rhetoriktrainer Richard Saller ging es vor allem um gegenseitiges Verständnis, bewusstes Zuhören und darum, Körpersprache besser zu verstehen. Kinderbetreuung während des Kurses ermöglichte auch Familien und AlleinerzieherInnen den Seminarbesuch. Zwischen den Seminareinheiten genossen die TeilnehmerInnen die traumhafte Landschaft um den Wörthersee. Ein voller Erfolg also, daher wird das PRO-GE Sommerseminar für BetriebsrätInnen auch 2012 stattfinden, und zwar von 19.–24. August in Kirchberg in Tirol.

Mehr Bildungsangebote unter: www.proge.at/bildung

VERANSTALTUNG

PRO-GE rockt

Ihr Können unter Beweis gestellt haben Ulli Bär, Harald Fendrich, Gary Lux und Harry Stampfer in den Bands von Falco über Austria 3 bis Ludwig Hirsch und Wolfgang Ambros. Als „Wir 4“ treten sie nun mit Eigenkompositionen und Interpretationen von Klassikern der Rockmusik mit Texten im Wiener Dialekt selbst ins Rampenlicht. Die PRO-GE Wien präsentiert „Wir 4“ am 7. Dezember in der ÖGB Zentrale „Catamaran“. Ermäßigte Tickets für Mitglieder sind in der ÖGB-Kartenstelle erhältlich.

<http://\kartenstelle.oegb.at>

ENGAGEMENT

Initiative Kinderreha

Seit zwei Jahren setzt sich Markus Wieser, Landessekretär der PRO-GE in Niederösterreich für die Umsetzung einer kind- und jugendgerechten Rehabilitation in Österreich ein. Denn der Bedarf übersteigt das derzeitige Angebot um das Siebenfache. Gemeinsam mit den Experten Dr. Reinhold Kerbl (LKH Leoben), Dr. Helmut Gadner (St. Anna Kinderkrebsforschung) und Dr. Wolfgang Sperl (Univ.-Klinik für Kinder- und Jugendheilkunde Salzburg) präsentierte Wieser Ende September Lösungsvorschläge.

www.initiative-kinderreha.at

BUCHTIPP

DER GELIEHENE ERFOLG

Jenseits von öffentlichkeitswirksamen Schlagworten und Arbeitgeberideologie beschäftigt sich das Buch mit grundsätzlichen Fragen zur Leiharbeit aus wirtschaftlicher und sozialpolitischer Sicht. Ferner werden die Folgen der Leiharbeit für die Berufsgruppe selbst, die Stammbesellschaft, den Betriebsrat, die Gewerkschaften, das Management und für die Gesellschaft analysiert und konstruktive Vorschläge zum Umgang mit Leiharbeit präsentiert. Obwohl schon 2002 verfasst, haben die Ausführungen nichts an Aktualität eingebüßt.

Wolfgang Springer, *Der geliehene Erfolg*, ÖGB-Verlag, 2002, 126 Seiten, EURO 18,80, ISBN: 3-7035-0919-8



Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at





Foto: Erich Müllner

Metallindustrie & Bergbau

„Abschluss ist euer Erfolg!“

800 Streik-Aktionen, Betriebsversammlungen und Protestveranstaltungen waren notwendig, um einen nachhaltigen Lohnabschluss durchzusetzen. Bis zu 5,3 Prozent beträgt die Erhöhung für die 165.000 Beschäftigten.

LINKTIPP:

Alle KV-Abschlüsse unter www.lohnrunden.at

Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in der Metallindustrie und im Bergbau konnten in den Morgenstunden des 18. Oktober zu einem Abschluss gebracht werden. „Wir konnten unsere Hauptforderungen von nachhaltigen Lohn- und Gehaltserhöhungen unter besonderer Berücksichtigung der niedrigen Einkommen durchsetzen“, so Rainer Wimmer, Verhandlungsleiter der PRO-GE. „Dafür möchte ich mich bei allen BetriebsrätInnen, Mitgliedern und UnterstützerInnen bedanken, die diesen Abschluss möglich gemacht haben. Ohne die rund 800 Aktionen in den Betrieben und den dadurch erzeugten Druck wäre das nicht möglich gewesen.“

300 Millionen Euro bewegt. „Die Arbeitgeber wollten die Beschäftigten mit Einmalzahlungen abspeisen. Das konnten wir in kräftige und nachhaltige Lohnerhöhungen umwandeln. Der Mindestbetrag von 80 Euro bewirkt für die unteren Einkommen eine Lohnerhöhung von bis zu 5,3 Prozent“, sagt Wimmer. Der Abschluss bedeutet, dass insgesamt rund 300 Millionen Euro bewegt werden. Das stärkt die Kaufkraft in Österreich enorm. Ein weiterer Erfolg ist die Ausweitung der Anrechnung von Karenzzeiten auf Dienstjahre. Wurden bislang nur zehn Monate Karenz insgesamt angerechnet, werden künftig je Karenz 16 Monate angerechnet.

Der Abschluss im Detail:

- Beschäftigungsgruppen A und B +4,4 Prozent
- Beschäftigungsgruppen C und D +4,3 Prozent
- Beschäftigungsgruppen E und F +4,2 Prozent
- Beschäftigungsgruppe G +4,0 Prozent
- Neuer KV-Mindestlohn 1.582,54 Euro
- Ist-Lohnerhöhung mindestens 80,- Euro (entspricht einer Erhöhung von 5,3 Prozent in der untersten Beschäftigungsgruppe)
- Lehrlingsentschädigungen +4,3 Prozent
- Zulagen +4,0 Prozent
- Aufwandsentschädigungen +3,8 Prozent
- Anrechnung der Karenzzeiten auf 16 Monate für jedes Kind erhöht

Metallgewerbe

Mindestlöhne steigen um 4,15 %

**Produktionsgewerkschaft erreicht kräftige Lohn-
erhöhung für rund 110.000 ArbeiterInnen und
Lehrlinge des Metallgewerbes.**



Nach einem neunstündigen Verhandlungsmarathon hat sich die Produktionsgewerkschaft mit der Arbeitgeberseite am 9. November über eine Steigerung der Mindestlöhne von 4,15 Prozent einigen können. Der neue Mindestlohn beträgt nun 1.573,56 Euro. All jene, die mit Überzahlungen ausgestattet sind, bekommen ab 1. Jänner eine Erhöhung des Ist-Lohns um mindestens 3,85 Prozent.

Arbeitskreise vereinbart. „Es war eine schwierige, aber zügige und sozialpartnerschaftliche Lohnrunde. Unser Verhandlungsteam konnte eine kräftige Lohnerhöhung für die Beschäftigten erreichen. Ab Jänner werden die Kolleginnen und Kollegen das auch deutlich im Geldbörstel spüren“, sagt Rainer Wimmer, Vorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE nach dem Abschluss. Geinigt haben sich Arbeitgeberseite und PRO-GE, bei den aktuellen Themen „Lehrlingsausbildung“ und „Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping“ weiterführende sozialpartnerschaftliche Gespräche aufzunehmen.

Das Metallgewerbe umfasst unter anderem Sanitär-, Heizungs- und Lüftungstechniker, Elektrotechniker, Lackierer, Schlosser, Dachdecker, Glaser, Spengler oder Kfz-Mechaniker.

Das Ergebnis im Überblick:

Mindestlöhne:	plus 4,15 Prozent
Neuer Mindestlohn:	1.573,56 Euro
Ist-Löhne:	plus 3,85 Prozent
Lehrlingsentschädigungen:	plus 4,15 Prozent
Zulagen:	plus 4,15 Prozent
Aufwandsentschädigungen:	plus 4,15 Prozent
Geltungsbeginn:	1. Jänner 2012
Geltungsdauer:	12 Monate

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Brauindustrie: Nach fünf Verhandlungsrunden konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp am 28. Oktober die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 3.900 Beschäftigten der österreichischen Brauindustrie abschließen. Lange Zeit lag das Angebot der Arbeitgeber nur bei einer Inflationsabgeltung plus Einmalzahlungen. Erst nachdem die ArbeitnehmerInnen vor der fünften Verhandlung mit Betriebsversammlungen und einer Streikdrohung den Druck erhöhten, konnte ein nachhaltiges Lohn- und Gehaltsplus erreicht werden.

Alle KV-Abschlüsse unter www.lohnrunder.at

Das Ergebnis im Detail:

Erhöhung der KV-Löhne von 3,40–3,95 Prozent
Erhöhung der Zulagen um 3,95 Prozent
Erhöhung der Zehrgelder um 3,95 Prozent
Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 3,40 Prozent
Erhöhung der Trennungentschädigungen um 3,95 Prozent
Geltungstermin: 1. September 2011, Laufzeit: 12 Monate

Großbäcker: Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne, Lehrlingsentschädigungen sowie alle Zulagen laut Lohnvertrag wurden um 3,2 Prozent erhöht. Der neue kollektivvertragliche Mindestlohn beträgt 1.341,07 Euro. Geltungstermin: 1. Oktober 2011.

Ein KV-Abschluss zur Nachahmung empfohlen

Karenzanrechnung = bares Geld für ArbeitnehmerInnen!



Foto: shutterstock

Die Anrechnung von Karenzzeiten ist eine wichtige Forderung der Gewerkschaft. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie und Bergbau 2011 konnte ein Meilenstein erreicht werden.

LINKTIPP:

Mehr Information unter www.proge-frauen.at

Zum Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern tragen nach wie vor die geringen Anrechnungen der Karenzzeiten für die Vorrückungen, also die finanzielle Besserstellung, bei. Hauptsächlich betroffen sind Frauen. Gesellschaftliche Veränderungen bringen es aber auch mit sich, dass sich mehr Männer ihren Kindern verstärkt widmen wollen. Dadurch werden auch sie zu Betroffenen. Für dienstzeitabhängige

Ansprüche, also Urlaubsausmaß oder Jubiläumsgelder gibt es bereits verbesserte Anrechnungen. Bei den Vorrückungen jedoch nicht. Es ist daher erfreulich, dass bei den schwierigen Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie und Bergbau 2011 ein Meilenstein für die Karenzzeit-anrechnungen erreicht werden konnte.

Regelung alt:

Bisher wurden insgesamt zehn Monate für alle Karenzen angerechnet.

Regelung neu ab dem 1. November 2011:

Ab jetzt können pro Karenz bis zu 16 Monate als Beschäftigungsjahre angerechnet werden. Dies hat konkrete Auswirkungen für die Beschäftigten und bringt bares Geld.

Kamen bei drei Karenzen bisher nur zehn Monate bei der alten Berechnung zur Geltung, so ermöglicht die neue Regelung 48 Monate Anrech-

Interview mit Renate Anderl, Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE

Wie kam es zu der Forderung und Umsetzung der Karenzanrechnung?

Renate Anderl: „Österreich ist innerhalb der EU Schlusslicht bei der Einkommensschere. Frauen haben im Arbeitsleben durch viele Gründe Benachteiligungen, wie z. B. durch Kindererziehungszeiten. Wir sehen Kollektivverträge als Instrument zur Chancengleichheit. Unser Bestreben ist es, dieses Instrument zur Verringerung der Einkommensschere zu nützen.“

Wieso ist das ein Meilenstein?

Die neue Anrechnung der Karenzen von 16 Monaten pro Kind stellt eine echte finanzielle Verbesserung dar und ist im Börsel spürbar. Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Schließung der Einkommensschere.

Was bedeutet diese Regelung für die anderen Branchen?

Unser Ziel ist, dass Beruf und Kind ohne Einkommensverlust für alle ArbeitnehmerInnen vereinbar ist. Diese Regelung sollte auch in den anderen Kollektivverträgen Einzug finden.

nung. Nimmt eine Frau diese Karenzen beim selben Dienstgeber, so kann sie nun zusätzlich vier Beschäftigungsjahre vorweisen. Dies bedeutet z. B. in der Beschäftigungsgruppe C (Kollektivvertrag Metallindustrie) ein Einkommensplus von rund 480 Euro pro Jahr (Kollektivvertragsgrundlohn ohne Zulagen). Das Einkommen erhöht sich in den nächsten zehn Jahren um rund 4.800 Euro, ohne Berücksichtigung allfälliger künftiger Lohnerhöhungen, die Jahr für Jahr die Gewerkschaft aushandelt. Dies ist eine wesentliche Verbesserung des Lebensinkommens und sichert eine bessere Altersvorsorge.

Auch Männer profitieren von dieser Regelung. Sie können ihrem Kind jetzt Zeit widmen mit dem Wissen, keine künftigen Einkommenssprünge zu verpassen. Ein Erfolgsmodell, welches in allen anderen Kollektivverträgen Nachahmung finden sollte, denn Kinder zu bekommen soll für alle ArbeitnehmerInnen leistbar sein!

Minister Mitterlehners Umgang mit dem Kinderbetreuungsgeldgesetz

PRO-GE Frauen wehren sich!

Das Kinderbetreuungsgeldgesetz und seine unendliche Geschichte. Die PRO-GE Frauen kritisieren seit langem die dringlichsten Probleme beim Kinderbetreuungsgeldgesetz. Just zum selben Zeitpunkt, als die ArbeitnehmervertreterInnen um Sozialpartnergespräche ersucht haben, erging wortlos ein Begutachtungsentwurf vom Wirtschaftsminister zur Novellierung, ohne Einbindung der Sozialpartner und mit einer extrem kurzen Begutachtungsfrist. Renate Anderl, Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE kritisiert die Vorgangsweise: „Die Vorschläge des Ministeriums sehen Verbesserungen für Selbstständige vor. Gleichzeitig sind willkürliche Sanktionen vorgesehen. Dies zeigt, dass die Probleme der ArbeitnehmerInnen nicht einmal ignoriert werden! So nicht Herr Minister Mitterlehner!“




Foto-Reportage


Hier wird gestreikt!

Mit Streiks und Protestaktionen in den Betrieben erhöhten die Beschäftigten den Druck auf die Arbeitgeber. Nur dadurch konnte ein deutlich aufge bessertes Angebot mit nachhaltigen Lohnerhöhungen erreicht werden. Die PRO-GE bedankt sich bei allen BetriebsrätInnen und Mitgliedern für ihren Einsatz bei den zahlreichen Aktionen!

Foto: Erich Müllberger



An die 100 TeilnehmerInnen versammelten sich am 13. Oktober vor den Toren der Firma **Springer Maschinenfabrik** in Friesach, um die Forderung der ArbeitnehmerInnen in der Metallindustrie und dem Bergbau nach einem Reallohnzuwachs zu unterstreichen.



Auch in der **voestalpine Donawitz Stahl, Draht und Schiene** in der Steiermark fassten die Beschäftigten bei der Betriebshauptversammlung am 13. Oktober um 9.00 Uhr den Streikbeschluss.

Foto: Freisitzer



In der **voestalpine Linz** wurde am 14. Oktober ab 6.00 Uhr früh die Werkseinfahrt immer wieder minutenweise blockiert. Am Vormittag hielten die Beschäftigten eine Betriebsversammlung ab. „Die Stimmung war bombig“, so Hans-Karl Schaller, Konzernbetriebsratsvorsitzender.



Mit sechs Scheibtruhen fuhr die PRO-GE Jugend Oberösterreich am 6. Oktober in die **oberösterreichische Wirtschaftskammer**, um sich Geld abzuholen – Geld, das den Beschäftigten zusteht. „Bekommen haben wir leider nichts“, grinste Jürgen Michlmayr, Jugendvorsitzender der PRO-GE. „Aber die Message ist angekommen.“



Bei der Betriebsversammlung am 13. Oktober in der Firma **R. Bosch AG** in Hallein (Salzburg) wurde einstimmig beschlossen, im Anschluss an die Betriebsversammlung einen einstündigen Warnstreik abzuhalten.



Am 13. Oktober wurden in vielen Betrieben weitere Betriebsversammlungen abgehalten. Im **Opel-Werk in Aspern** fassten die Beschäftigten den Beschluss für den Streik.



Am Freitag, 14. Oktober weiteten sich die Protestaktionen aus. Auch vor dem Werk der **Buntmetall Amstetten**, dort ist der zweite Arbeitgeber-Chefverhandler Alfred Hintringer Geschäftsführer, fand eine Aktion statt.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der Firma **Collini** in Vorarlberg hielten am 14. Oktober einen Warnstreik ab.

Teilprüfungen als Teil der Lösung

Wohin geht die Lehre

Glaubt man aktuellen Medienberichten, so ist die Lehrlingsituation in Österreich verfahren. Immer weniger junge Menschen streben einen Lehrberuf an.



LINKTIPP:

Mehr Information unter www.proge-jugend.at

Das Image ist angeknackst. Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen schreckt Jugendliche ab. Aber auch die Betriebe klagen über mangelnde Qualifikation. Wie steht es nun mit der Lehre?

Jürgen Michlmayr, Vorsitzender der PRO-GE Jugend setzt sich für strenge Qualitätsmaßstäbe ein. Lehrlinge sind oft unzufrieden, weil viele Betriebe nicht nach der Ausbildungsordnung ausbilden. Auf der einen Seite werden Lehrlinge des Öfteren als billige Hilfskräfte gesehen und

auch so behandelt. Auf der anderen Seite erwarten viele Unternehmer bereits eine fertige Fachkraft: „Ein Lehrling kann nicht von Beginn an eine vollwertige Fachkraft sein. Die Lehre ist ein Ausbildungsverhältnis und kein Arbeitsvertrag“, so Michlmayr. Dass es auch anders geht, zeigen einige Firmen, die hochqualitativ ausbilden.

Facharbeitskräfte fallen nicht vom Himmel.

„Von der Qualität der Lehre hängt unsere Zukunft ab“, beteuert Michlmayr, „denn die benötigten FacharbeiterInnen fallen nicht einfach vom Himmel!“ Die Wirtschaft beklagt zwar gerne den heimischen Fachkräftemangel, zeigt sich zugleich aber immer weniger bereit, diese auch auszubilden. Hohe Durchfallraten im Gewerbe und Handwerk sind nur ein Indiz für so manche Missstände in der Lehre. Durch die Einführung von Teilprüfungen könnte die Qualität der Ausbildung rechtzeitig überprüft werden.

Kleine Häppchen statt großem Brocken. Der technische Fortschritt der vergangenen Jahre hat die Berufsausbildung komplett verändert. „Die Anforderungen an die Lehrlinge sind enorm“, weiß der PRO-GE Jugendvorsitzende. Die Prüfung am Ende der Lehrzeit wird zum einzigen, alles entscheidenden Test. Die Versagensangst ist groß, den Lernstoff gilt es erst einmal zu bewältigen.

Gibt es dazu eine Alternative? Freiwillige Tests – wie der Praxistest – haben sich nicht bewährt. Eine laufende, objektive Überprüfung der Fähigkeiten ist aber für die Lehrlinge extrem wichtig. „Teilprüfungen, die zusammen die große Lehrabschlussprüfung ersetzen, wären hier der richtige Ansatz“, so Michlmayr. „Sie würden eine laufende Qualitätskontrolle ermöglichen, und auf Defizite und Stärken könnte bereits früh eingegangen werden.“ Lehrlinge als auch Betriebe würden davon profitieren.

Mag. Edith KUGI-MAZZA

AK Wien, Leiterin der Abteilung Lehrlings- und Jugendschutz:



„Teilprüfungen im Rahmen der dualen Ausbildung sind ein wichtiges Instrument zur laufenden Kontrolle der betrieblichen Ausbildung; wenn im Rahmen der Teilprüfung Defizite festgestellt werden, dann kann ein Feedback an den Betrieb erfolgen und allfällige Ausbildungsmängel können dann in der noch verbleibenden Lehrzeit beseitigt werden. Die Arbeiterkammer Wien setzt sich daher für die Einführung von Teilprüfungen als eine Möglichkeit der Kontrolle der betrieblichen Ausbildung ein.“

Dieter HÄMMERLE

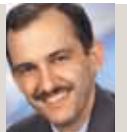
BLUM, Ausbildungsleiter Fa. Julius Blum GmbH und Arbeitskreis Metall – Vorarlberger Metall- und Elektroindustrie



„Um die Qualität im dualen Berufsausbildungssystem sicherzustellen und das Image in der Bevölkerung zu steigern, brauchen wir dringend Prüfungen, Standortbestimmungen und Fortschrittskontrollen, die nicht erst am Ende der Ausbildung stattfinden. Wer die Lehrlingsausbildung nicht wirksam fördert und fordert muss sich nicht wundern, wenn es keine „qualifizierten“ Fachkräfte mehr gibt!“

Mag. Peter SCHLÖGL

öibf, Geschäftsführer – Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung



„Eine verlässliche und aussagestarke Rückmeldung zu haben, wo man in seiner Ausbildung steht, was schon erreicht wurde und was in den kommenden Monaten noch ansteht, klärt viel und motiviert für die kommenden Schritte!“

Fest in weiblicher Hand

Was haben Romana Varga, Lisa Nemetz und Nadine Hofer gemeinsam? Sie sind Jugendvertrauensrätinnen. Und das in einer männerdominierten Arbeitswelt.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.proge.at/jugend

Die Arbeit in einer Raffinerie mit ihren großen technischen Metallkonstruktionen und die raue Umgebung in den Bohrfeldern des Marchegger Flachlandes lassen nicht unbedingt viele weibliche Beschäftigte vermuten. Und dennoch sind es junge Frauen, die hier täglich ihren „Mann“ stehen.

In Ausbildung. Romana und Lisa absolvieren in einer vierjährigen Ausbildung den Doppelberuf Prozessleittechnikerin und Elektrobetriebstechnikerin, während Nadine in der Raffinerie Schwechat den Lehrberuf der Chemieverfahrenstechnikerin erlernt. Es sind ursprünglich männerdominierte Berufe. In Schwechat wurde ab dem Wegfall des Nachtarbeitsverbots für Frauen die Ausbildung zur Chemieverfahrenstechnikerin möglich. Die Arbeiten finden zu jeder Jahreszeit auch im Freien statt. Sie verlangen einiges von den Beschäftigten ab. Da kann es auch schon mal rau zugehen. Für die jungen Mitarbeiterinnen ist das alles kein Problem.

Neben den Arbeiten auf den Bohrfeldern und an den Anlagen werden die Lehrlinge in der OMV in einem eigenen Ausbildungszentrum in Gänserndorf geschult. So auch die drei. Im Ausbildungszentrum werden die technischen Lehrberufe ProzessleittechnikerInnen, MaschinenbautechnikerInnen, ElektrobetriebstechnikerInnen sowie ChemieverfahrenstechnikerInnen ausgebildet.

Jugendvertreterinnen. Zusätzlich zu der beruflichen Herausforderung wurden die jungen Frauen als Sprecherinnen ihrer Kolleginnen und Kollegen gewählt

und genießen großes Vertrauen der Lehrlinge. Sie sind eine wichtige Anlaufstelle für die Lehrlinge der OMV und treten als Vermittlerinnen zwischen den Anliegen der Lehrlinge und der Betriebsleitung ein. Die Qualität der Ausbildung hat für die JVRs eine große Bedeutung. Für die drei ist es eine Selbstverständlichkeit, die Aufgaben des Jugendvertrauensrates wahrzunehmen. Romana betont: „Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ist für uns wichtig. Denn letztendlich hilft er uns bei der Umsetzung unserer Anliegen.“

Gewerkschaftliches Engagement ist eine Selbstverständlichkeit für die Jugendvertreterinnen. JVR-Seminare und Schulungen sind ein notwendiges Rüstzeug, um für die Aufgaben gewappnet zu sein. Dazu gehört auch außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit, auch wenn dabei hier und da die Freizeit dran glauben muss. Nadine vertritt fast 70 Lehrlinge in Schwechat, allesamt ChemieverfahrenstechnikerInnen. Für sie ist es wichtig, dass die jungen Menschen eine Anlaufstelle haben. Auch Lisa, die rund 25 Lehrlinge in ihrem Bereich zu vertreten hat, fühlt sich in der Vermittlerrolle wohl.

Dass sie diese Rolle als Frauen wahrnehmen, sehen die Jugendvertrauensrätinnen weder als Vor- noch als Nachteil. Wichtig ist für sie, dass die Jugendlichen eine gute Betreuung bekommen, und diese scheint im Falle der drei jungen Damen in guter weiblicher Hand.



Frauenpower im OMV-Jugendvertrauensrat: Nadine Hofer (rechts), Lisa Nemetz und Romana Varga (oben).

Achtung Kamera



Mitgliederehrung: Bei der Jubilarehrung der voestalpine in Linz wurden 316 Gewerkschaftsmitglieder geehrt, darunter vier Kollegen für 65 Jahre Mitgliedschaft. Rainer Wimmer, Hans-Karl Schaller und Albert Maringer bedankten sich für die langjährige Treue.



Besuch im Catamaran. Einen Ausflug in die Zentrale der Produktionsgewerkschaft unternahm im Oktober die PRO-GE Ortsgruppe Donawitz.



Mitgliederehrung: Die Ortsgruppe Veitsch ehrte langjährige Gewerkschaftsmitglieder. So auch Karl Wagner für seine 65-jährige Mitgliedschaft. Ehrengäste waren unter anderem Rainer Wimmer, Kurt Allmannsdorfer, Roland Rabensteiner, Franz Tauss und Erwin Dissauer. Wir gratulieren!



Doppeltes Jubiläum: 99 Jahre wurde Hubert Jagersberger am 8. Oktober, 65 davon ist er Gewerkschaftsmitglied. Grund genug für Gerhard Ammer, Vorstand der PRO-GE Ortsgruppe Wildalpen, dem rüstigen Jubilar gemeinsam mit PRO-GE Bezirkssekretär Manfred Planitzer einen Besuch abzustatten. Die „Glück auf!“ gratuliert herzlich!



Pensionistenausflug: 43 TeilnehmerInnen folgten der Einladung der PRO-GE PensionistInnen Burgenland zu einem gemeinsamen Frühstück im Thermen- und Vitalhotel Bad Tatzmannsdorf.

Der weltweite Protest gegen das Finanzsystem und die Kluft zwischen Arm und Reich hält nach wie vor an. Hunderte Menschen besetzen öffentliche Plätze neben Börsen und Banken. Aber was kann die Bewegung wirklich ändern?

LINKTIPP:

Website der Occupy-Bewegung in den USA

www.occupytogether.org

Anfangen

hat alles mit einem Aufruf des kanadischen Konsumverweigerungsmagazins „Adbusters“: Die Wallstreet, der bekannteste Finanzplatz der Welt, sollte besetzt werden. Am 17. September marschierten rund 1.000 Menschen in Richtung New Yorker Finanzmeile und machten ihrem Ärger über soziale Ungerechtigkeit und die Macht der Banken und des Kapitals Luft.

Demos auf der ganzen Welt. Was als Mini-Bewegung begann, breitete sich sehr schnell, nicht zuletzt durch die soziale Vernetzung auf Online-Plattformen wie Facebook oder Twitter, auf die gesamte Welt aus. Am 15. Oktober demonstrierten Tausende in Städten auf der ganzen Welt. Von London und Amsterdam über Hongkong, Tokio bis Seoul und Sydney gingen sie gegen das neoliberale Finanzsystem auf die Straßen. Auch in Wien marschierten rund 1.500 Personen vom Westbahnhof zum Ballhausplatz in die City. In Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck fanden ebenfalls Demonstrationen statt.

Gekommen um zu bleiben. In vielen Städten besetzen Menschen seit Wochen in Zelten öffentliche Plätze. In New York ist der Zuccotti-Park nach wie vor in der Hand der KapitalismuskritikerInnen. In Kopenhagen wurden sogar elf AktivistInnen verhaftet, als ein Protestlager auf dem Rathausplatz von der Polizei aufgelöst wurde. Auch in Frankfurt am



Main campieren die DemonstrantInnen vor der Europäischen Zentralbank (EZB), in Hamburg ist ebenfalls die Innenstadt besetzt. Trotz zunehmender Kälte wollen sie sich von dort nicht so schnell vertreiben lassen.

Anstoß für Richtungswechsel. Die Bewegung wird oft kritisiert – sie sei zu unkonkret, hätte keine Führung und würde alles bekritteln, aber keine Lösungen haben. Die AktivistInnen selbst wollen sich von etablierten Parteien nicht vereinnahmen lassen. Sie fordern ein Finanzsystem, das den Menschen nutzt, statt ihnen zu schaden. Damit entsprechen sie auch der Forderung der PRO-GE, dass sich die Finanzwirtschaft wieder der Realwirtschaft unterordnet.

Was wird sich ändern? Die Bewegung hat viele Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Von den DemonstrantInnen aber eine Patentlösung zu erwarten, ist zu viel verlangt. Die Proteste sind Ausdruck, dass etwas falsch läuft. Sie können nur den Anstoß zu einem Richtungswechsel in der Finanzpolitik geben. Eine internationale Politik ist nun gefragt, die die „99 Prozent“ ernst nimmt und mutig genug ist das System zu ändern.



Während die Aktienspekulanten neue Rekorde feiern, kämpfen die Staaten mit der Schuldenkrise.



Reiche werden reicher, den NormalbürgerInnen bleibt immer weniger.

Pressestimmen zu den Protesten

„Stuttgarter Zeitung“

So vielfältig und diffus die jeweiligen Ziele der Demonstranten rund um den Globus auch sein mögen, so deutlich ist überall die Botschaft: Es kann nicht weitergehen wie bisher.

„Süddeutsche Zeitung“ (München)

Eine Welt, die die Taliban bekämpfen kann, muss sich vor den Brokern nicht fürchten.

„Junge Welt“ (Berlin)

Das ist noch keine Weltrevolution, aber doch ein Zeichen wachsender Bereitschaft, die Kapitalherrschaft – zumindest in ihrer neoliberalen Variante – zu hinterfragen.

„Frankfurter Rundschau“

Dass das noch nicht mehr war als ein Anfang, ist klar. Kein schlechter allerdings.

Alles was Recht ist!

Ein Kind ist unterwegs

Werdende Mütter unterstehen besonderem Schutz durch das Mutterschutzgesetz. Die Regelungen im Überblick.

Wie lange habe ich Anspruch auf Mutterschutz? Werdende Mütter dürfen acht Wochen vor und acht Wochen nach dem voraussichtlichen Entbindungstermin nicht arbeiten. Besteht Gefahr für Mutter oder Kind kann unter Vorlage einer fachärztlichen Bestätigung bereits eine frühere Dienstfreistellung verfügt werden. Endgültig über die Freistellung entscheiden jedoch der/die Arbeitsinspektionsarzt/-ärztin oder Amtsarzt/-ärztin. Bei Mehrlings-, Frühgeburten oder Kaiserschnitt verlängert sich die Schutzfrist nach der Geburt auf zwölf Wochen. Wenn Sie Ihr Kind vor oder nach dem Geburtstermin bekommen, verlängert bzw. verkürzt das die Schutzfrist nach der Geburt entsprechend.

LINKTIPP:

Mehr Infos zum Arbeits- und Sozialrecht unter www.proge.at/recht

Alle Arbeitnehmerinnen (auch geringfügig beschäftigte), Lehrlinge und Heimarbeiterinnen haben Anspruch auf Mutterschutz. Für Landarbeiterinnen gelten die Bestimmungen aus den jeweiligen Landarbeitsordnungen. Der Schutz gilt mit Bekanntgabe der Schwangerschaft.

Welche Arbeiten darf ich nicht verrichten? Schwangere dürfen keine Tätigkeiten ausführen, die ihnen oder dem ungeborenen Kind schaden. Grundsätzlich verboten sind schwere, körperliche Arbeiten und Überstundenarbeit. Werdende Mütter dürfen bis auf wenige Ausnahmen auch keine Nachtarbeit (von 20 Uhr bis 6 Uhr) leisten oder an Sonn- und Feiertagen arbeiten. Außerdem dürfen Schwangere nicht in Räumen arbeiten, in denen sie Tabakrauch ausgesetzt sind.

Von wem bekomme ich während des Mutterschutzes Geld? Während des Mutterschutzes bezahlt die Krankenkasse Wochenlohn. Nicht vergessen: Den Dienstgeber mindestens vier Wochen bevor Sie den Mutterschutz antreten informieren!

Bin ich als Schwangere vor Kündigung geschützt? Schwangere dürfen grundsätzlich nicht gekündigt werden. Der Kündigungsschutz beginnt mit Bekanntgabe der Schwangerschaft und dauert bis vier Monate nach der Entbindung. Wird Karenz in Anspruch genommen, besteht er bis vier Wochen nach Ende der Karenz. Der Ablauf eines befristeten Arbeitsverhältnisses wird von der Meldung der Schwangerschaft bis zum Beginn der Schutzfrist gehemmt (Ausnahme z. B. Ferienpraktikum, Saisonarbeit). Während einer Probezeit besteht kein Kündigungsschutz. Sie sind nicht verpflichtet, dem Arbeitgeber während der Probezeit die Schwangerschaft mitzuteilen. Entlassen werden kann eine schwangere Dienstnehmerin nur nach vorheriger Zustimmung des Arbeits- und Sozialgerichts.

Darf ich während der Arbeitszeit zum Arzt? Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen können auch während der Arbeitszeit gemacht werden, wenn es nicht möglich ist sie sonst durchzuführen.



Fotos: Fotolia / Valua Vitaty

Die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. (01) 534 44-69 DW 140 oder 141 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.

Starke Artikel in trendigem Design

Ein Shop für alle

Seit knapp einem Jahr gibt es nun den PRO-GE Shop mit seinen starken Artikeln im auffälligen PRO-GE Design. Mehr als 13.000 Produkte haben sich in diesem Zeitraum verkauft. Der Online Shop erfreut sich großer Beliebtheit.

LINKTIPP:

www.proge-shop.at

Dass die Artikel so gut gehen, liegt nicht nur an der einfachen Handhabung des Webshops. Günther Harapatt, Leiter der PRO-GE Werbeabteilung: „Wir haben auf eine ausgewogene Artikelauswahl geachtet, bei der auch die Qualität stimmt.“ Vom USB-Stick bis zum Badetuch gibt es ein breites Angebot. Ob für Mitgliedswerbung, als Geschenk oder zur eigenen Verwendung, es ist immer etwas dabei. Die Produktpalette wird regelmäßig überarbeitet. Auch die Frauen- und Jugendabteilung haben ihr eigenes Sortiment. Bei der Preisgestaltung wird darauf geachtet, dass Kleinabnehmern derselbe Preisvorteil zugute kommt wie Großabnehmern.

Schnell und übersichtlich. Die einfache Navigation sorgt dafür, dass man sich schnell zu-rechtfindet. Der Shop bietet einen aktuellen Überblick über die Verfügbarkeit der Artikel. Somit ist der Shop die richtige Wahl, wenn es schnell gehen muss, denn die Artikel sind spätestens vier Werktage nach Bestellung beim Käufer/der Käuferin.

Es ist ganz einfach, die Vorteile des Shops zu nutzen. Mitglieder benötigen Namen, Adresse und E-Mail, um sich zu registrieren. Voraussetzung ist die Bezahlung mit Paypal (Kreditkarte). Betriebsratskörperschaften haben es noch

einfacher: Sie bestellen unkompliziert mit Firmendaten und Betriebsnummer auf offene Rechnung. Einzig die Firewalls einiger Firmen bereiten den Webshop-Betreibern Kopfzerbrechen. Manche Firewalls blockieren Websites dieser Art. So sind die betroffenen Besucher vor den Kopf gestoßen, wenn sie von ihrer Arbeit aus nicht auf die Website gelangen. Werfen sie dann einen Blick von zu Hause auf den Webshop, sind sie über das vielseitige Angebot überrascht.

Auf Wunsch das eigene Logo. Für spezielle Anlässe besteht die Möglichkeit, Sonderproduktionen mit Personalisierungen und Logos zu fertigen. „Eine schöne Möglichkeit, wenn sich eine Betriebsratskörperschaft mit dem Gewerkschaftsdesign präsentieren will“, so Harapatt. Für Anfragen zur Personalisierung steht als Ansprechpartner die Firma Kolibri zur Verfügung. Walter Hrast beantwortet unter der Tel.-Nr. 02254/763 33 17 gerne die Anfragen.

Für eine Gewerkschaft ist es entscheidend, dass in der Produktion die Grundsätze von Chancengleichheit, keine Kinderarbeit und andere Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Ein entsprechender Verhaltenskodex wird durch den Kooperationspartner Kolibri garantiert.



Ab jetzt neu im Sortiment:
Spielkarten im trendigen PRO-GE Design
 „Französische Preferencekarten“ oder
 „Doppeldeutsche Spielkarten“
Preis 1,19 Euro

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

Spatenstich- feier in Velden

Bei strahlendem spätherbstlichem Wetter wurde am 4. November der Spatenstich zum Neu- bzw. Umbau der Ferienanlage in Velden vorgenommen.



Seit 1957 steht das Urlaubshaus am Wörthersee ArbeiterInnen und deren Familien als preisgünstige Urlaubsmöglichkeit zur Verfügung. Die Anlage erfreut sich ungebrochener Beliebtheit bei Mitgliedern, Erholungssuchenden und SeminarteilnehmerInnen. Damit das auch so bleibt, wird sie jetzt ebenso wie die beiden anderen Urlaubshäuser der PRO-GE in Krumpendorf und Bad Hofgastein modernisiert.

Startschuss zum Umbau. Der Spatenstich dazu erfolgte am 4. November. „Ich freue mich, dass seit dem Jahr 1957 an einem der schönsten Seen in Österreich ein Urlaubs-

haus für Gewerkschaftsmitglieder steht“, unterstrich PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer dabei die Wichtigkeit, den Mitgliedern auch leistbare Urlaubshäuser anbieten zu können. „Nun ist es Zeit, wieder in die Ferienanlage direkt am Wörthersee zu investieren.“

Modern, funktionell, barrierefrei. Der Neu- und Umbau erfolgt nach den Plänen von Architekt Andreas Krainer. Die neuen HausleiterInnen, Dietmar Brandstätter und Renate Herzog, die die Anlage im Frühjahr übernommen haben, freuen sich schon auf die kommende Saison – und auf die Gäste, die dann eine moderne und barrierefreie Anlage erwartet.



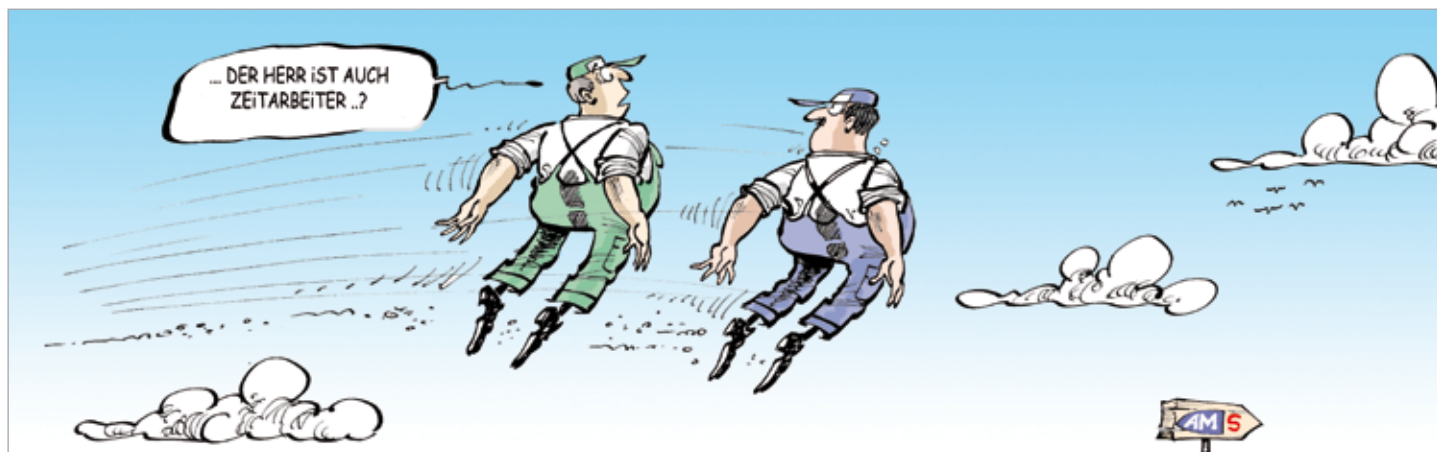
KÄRNTEN: Hauptsaison 2012 – 30.6. bis 1.9.

Die Anmeldung für die Hauptsaison in Krumpendorf und Velden ist wieder in den ersten beiden Dezemberwochen 2011 im Urlaubsverein der PRO-GE möglich.

Aufgrund einer Programmumstellung kann es zu Verzögerungen bei der Ausstellung bzw. Versendung der Rechnungen kommen. Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit schulpflichtigen Kindern vorrangig berücksichtigt.

Buchungen für die Vor- und Nachsaison sind jederzeit im Urlaubsverein möglich.

CARTOON:



Preisrätsel



Den Kupon in ein Kuvert stecken, falls nötig, Adresskleber auf der Rückseite korrigieren und mit dem Vermerk „Postgebühr zahlt Empfänger“ bis XXXXXXXXXX 2011 senden an: PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien



Waagrecht:

- 1 Da tut sich was: Die wurde streik-mäßig 800-mal gesetzt (siehe S. 11)
- 4 Klingt irgendwie anstößig, der Kärntner Fluss
- 7 Ermahnung fürs liebe Vieh: „Schlecht benahm der Wasserbüffel/ sich und kriegt drum einen –“
- 8 Bei der Einkommensschere hat sie noch immer das untere Ende (Ez., siehe S. 13)
- 9 (K)ein Vorname für Strasser? Humor ist der ... der Lage!
- 12 Redensartlich schon gestorben, der telefonische Universalgruß
- 14 Oft nahe an 6 senkrecht ist sein Job: temporär und prekär? (siehe S. 6)
- 15 Wer ein Herz für Bergwerke hat, kennt sie: Stollen, aber keine weihnachtlichen
- 16 Eine Ansicht-Sache: Nach ihr wird (besonders in Vorwahlzeiten) umgefragt
- 19 Südtiroler Veteran der 8.000er berichtete von schneemenschlicher Begegnung dortselbst
- 20 Womit kommt der Einsatzwagen? Sirenen-gesang in Kurzform!
- 21 Er war der Hamburger unter den Eisbären
- 22 So eine Zeitung zu lesen, ist umsonst?

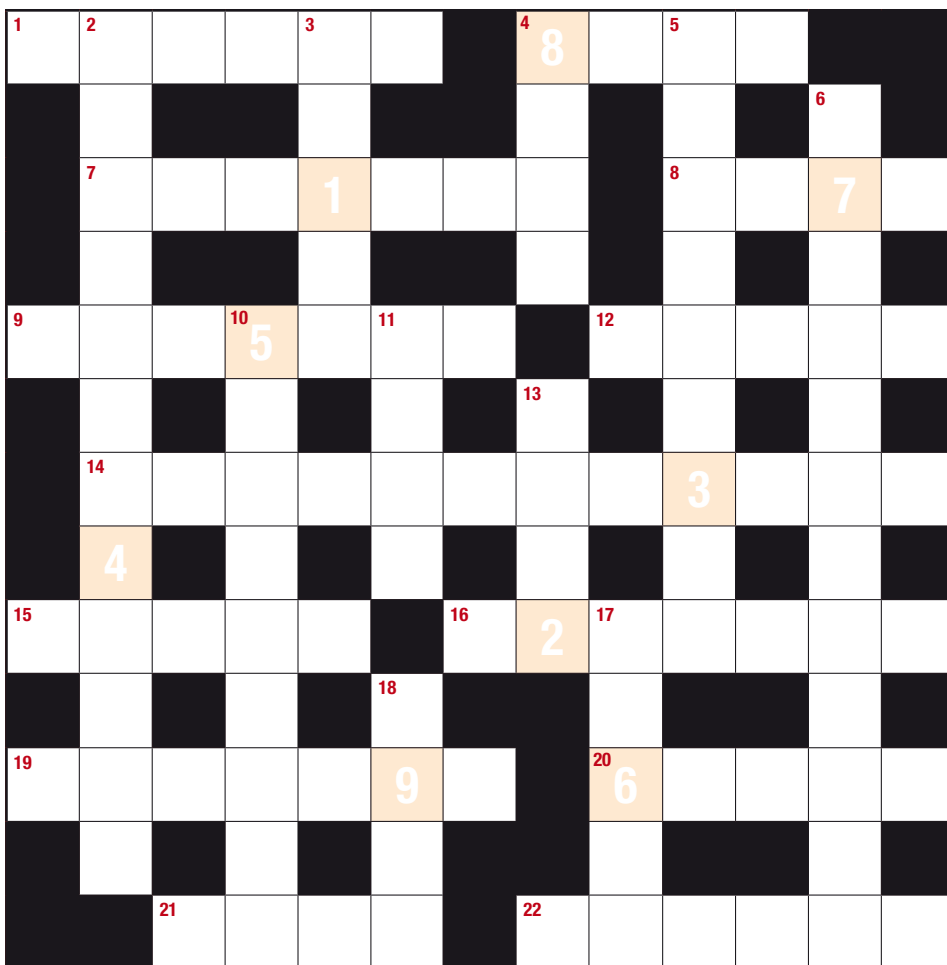
Senkrecht:

- 2 Perioden zum Bestreiten/ der Mutterpflichten: –! (für verbesserte Anrechnung siehe S. 13)
- 3 Hier nicht zu (!) raten: F-erstärkter Heizkörper?
- 4 Ob in Münzen oder Barren, gehört es zu den Börsen-Waren
- 5 Ein Wort zum Geldentwertungs-Index: Nur die abzugelten, kann bei der Lohnrunde nie genügen (siehe S. 3)
- 6 Arbeit ohne Sicherheit – damit soll Schluss sein! (siehe S. 5)
- 10 Worauf sich etwa Süßholz raspeln ließe: Küchenwerkzeug erinnert an Celentanos Stimme
- 11 Der Promi aus der Vogelschar
- 13 Niedriger Gezeitenstand, z. B. im Jännerloch im Börsel zu pegeln
- 17 Was dem Mailänder Fußballklub namentlich fehlt, steht großteils im Winterspielplan
- 18 Entfernt (!) klingendes Stichwort

Zu gewinnen gibt es:

3 x einen Regenschirm aus dem PRO-GE Shop www.proge-shop.at

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein Ende Dezember erfreuliches Lösungswort.



Rätsel: Vera Ritarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: ERHOEHUNG

W: 1 LINZER 4 STATUT 9 STEIG 10 ALMERIA 11 NAHEN 12 ISTLOHN 13 BESCHOENIGT 18 LAOKOON 20 VERDI 21 ANBINDE 22 GUETE 23 METHYL 24 KLINKE

S: 1 LESUNG 2 NAECHTE 3 EIGEN 5 TOMATEN 6 TORSO 7 TRAINS 8 KALIFORNIEN 14 CLOONEY 15 GURGELN 16 ALTARM 17 SIRENE 19 ORBIT 20 VOGEL

GewinnerInnen aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!:

Gertrude Schreiber, 4560 Kirchdorf, Edwin Ernst, 7534 Oibendorf, Wolfgang Arrich, 9545 Radenthein

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

PRO-GE
 proge-shop.at

Immer ein passendes Geschenk

Die hochwertigen PRO-GE Artikel

33,74 EUR

(Inkl. 20 % MwSt. zzgl. Versand)

Armbanduhr:

Edelstahlgehäuse, 5ATM water resistant,
 Kunstlederarmband 18 mm, Datumsanzeige,
 in elegantem schwarzen Wellkarton mit Schleife



21,23 EUR

(Inkl. 20 % MwSt. zzgl. Versand)

Schreibset Metall:

Rollerball und Kugelschreiber, matt verchromte
 Beschlagteile, hochwertiges Kunstlederetui

26,17 EUR

(Inkl. 20 % MwSt. zzgl. Versand)

Softshelljacke:

3 Lagen Funktionsmaterial mit PU-Membran, atmungsaktiv,
 winddicht, wasserdicht – 5000 mm Wassersäule
 Größen: (H) S, M, L, XL, XXL, XXXL
 (D) tailliert XS, S, M, L



Zusätzliche Werbung wie Betriebsratslogos oder Ähnliches sind möglich!

Nimm dafür bitte direkt mit der Fa. KOLIBRI Kontakt auf, Tel.: +43 (0) 2254 763 33-20 od. -21

E-Mail: proge@kolibri.eu

www.proge-shop.at

www.proge.at